



---

**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Sitzungstermin:** Donnerstag, 25.09.2014, 16:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.06.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 2 Informationen des Jugendamtes
  
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
  
- 4 Vorstellung des Projektes "Sozialräumlicher Kinderschutz"
  
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 5.1 Kinderschutzkonzept für die Landeshauptstadt Potsdam  
**14/SVV/0357** Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
  
- 5.2 Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019  
**14/SVV/0632** Fraktion DIE LINKE
  
- 6 Sonstiges



## Niederschrift

### 59. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 26.06.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:07 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrig Müller	DIE LINKE	Sitzungsleitung
------------------------	-----------	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:35 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Clemens Viehrig	CDU/ANW	bis 18:45 Uhr
Herr Björn Karl	FDP	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger	
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	ab 16:45 Uhr

##### beratende Mitglieder

Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	
Herr Ronald Sima	Kreiselterrat	16:35 Uhr bis 18:10 Uhr
Frau Martina Trauth-Koschnik	Ltrn. Büro f. Chancen- gleichh./Vielfalt	bis 17:30 Uhr
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	

##### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3
---------------------------------	---------------------------------

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Hannelore Knoblich	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	Bürgerbündnis	nicht entschuldigt

##### beratende Mitglieder

Frau Hella Drohla	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche	nicht entschuldigt
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt

## **Gäste:**

Herr Rüdiger Schmolke	stellv. Ausschussmitglied
Herr Frank Hohn	Hoffbauerstiftung
Frau Carol Wiener	Regionale Jugendhilfe AG 1
Herr Carsten Lehmann	Regionale Jugendhilfe AG 2
Herr Andreas von Essen	AG Jugendförderung
Frau Anja Umbreit	pme Familienservice GmbH
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Vera Spatz	Mädchentreff „Zimtzicken“
Frau Nguyen Thanh Huyen	Mädchentreff „Zimtzicken“
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.05.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 2.1 Information zu Veränderungen beim Diakonischen Werk Potsdam in Bereichen der Jugendhilfe
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Evaluation Spielgruppe und Eltern-Kind-Gruppe
- 5 Netzwerk "Ausbilden für die Praxis"  
Regionale JugendhilfeAG 2
- 6 Anträge
- 6.1 Vorschlag des Unterausschusses zum Jugendförderplan  
- Die Vorlage wird nachgereicht -
- 6.2 Anerkennung des Trägers Cultus UG gemäß § 75 SGB VIII  
Vorlage: 14/SVV/0617  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6.3 Konzeption des "Mädchentreffs Zimtzicken"  
Vorlage: 14/SVV/0620  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6.4 Auswahlverfahren Hort neue Grundschule, Potsdamer Straße 90, 14469 Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0621  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6.4.1 Wahl der VertreterInnen des Jugendhilfeausschusses in die Auswahlkommission zum Auswahlverfahren Hort neue Grundschule in Bornim
- 7 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

#### zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.05.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

##### **Abstimmung zur Niederschrift vom 22.05.2014**

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die vorliegende Niederschrift.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0

##### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0

#### zu 2 Informationen des Jugendamtes

##### **Bundeselterngehalt**

Herr Tölke informiert, dass die Bearbeitungszeit für Anträge auf Bundeselterngehalt derzeit ca. 7 bis 8 Wochen beträgt.

Eine bislang befristete Stelle konnte entfristet werden. Somit bleibt dem Team eine leistungsstarke Mitarbeiterin erhalten.

In Kürze soll mit Hilfe eines externen Personaldienstleisters die Bearbeitung der vorläufigen Bescheide erfolgen.

Des Weiteren wird es interne Änderungen in der Organisation der Arbeitsgruppe geben.

##### **Kinderschutzkoordinator**

Herr Tölke teilt mit, dass der Kinderschutzkoordinator bereits seit fünf Wochen krankheitsbedingt ausfällt. Aus diesem Grund können im Zusammenhang mit dem Kinderschutzkonzept genannte Termine ggf. nicht gehalten werden.

## Neuwahl Jugendhilfeausschuss

Herr Tölke weist darauf hin, dass mit den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 auch die Wahl eines neuen Jugendhilfeausschusses erforderlich ist.

Laut § 4 Absatz 1 der Satzung des Jugendamtes der Landeshauptstadt Potsdam vom 11.2.2009 besteht der Jugendhilfeausschuss „aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern, davon:

- 9 Stadtverordnete oder in der Jugendhilfe erfahrene Frauen und Männer, davon mindestens 5 Stadtverordnete,
- 6 Mitglieder, die auf Vorschlag der in der Landeshauptstadt Potsdam wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden.“

Die Stadtverordneten werden ihre Mitglieds-kandidaten nominieren, die anerkannten freien Träger der Jugendhilfe sind aufgerufen, sich über die Kandidaten für ihre 6 Mitglieder und deren Stellvertreter \_innen zu verständigen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Dazu sind laut Brandenburgischem Ausführungsgesetz zum SGB VIII (kurz: AGKJHG) im § 5 Absatz 6 folgende Formalien festgelegt:

„Die im Bereich des örtlichen Trägers der Jugendhilfe wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sollen mindestens die doppelte Anzahl der insgesamt auf sie entfallenden Mitglieder und ihrer Stellvertretungen vorschlagen.“

Die Wahl der Jugendhilfeausschussmitglieder kann dann frühestens in der Stadtverordnetenversammlung am 05. November 2014 stattfinden, so dass sich der neue Jugendhilfeausschuss in der Novembersitzung konstituieren könnte.

## Sitzungskalender 2014

Frau Dr. Müller verweist auf den als Tischvorlage ausgereichten Sitzungskalender von Juni bis Dezember 2014 sowie auf den beiliegenden Änderungsvorschlag.

Sie erinnert daran, dass für die Septembersitzung bereits der 25.09.2014 beschlossen wurde. Dieser Termin sollte beibehalten werden. Die Oktobersitzung sollte dann erst am 16.10.2014 stattfinden. Der Termin für die Novembersitzung bleibt unverändert.

Abschließend schlägt sie vor, vorsorglich für den 18.12.2014 eine Ausschusssitzung einzuplanen.

Sie bittet um Abstimmung über folgende Sitzungstermine für den Jugendhilfeausschuss 2014:

**25.09.2014**

**16.10.2014**

**27.11.2014**

**18.12.2014**

### Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

## zu 2.1 Information zu Veränderungen beim Diakonischen Werk Potsdam in Bereichen der Jugendhilfe

Herr Hohn (Hoffbauerstiftung) berichtet, dass im Frühsommer 2013 durch das Diakonische Werk Potsdam Finanzprobleme signalisiert wurden. Die Hoffbauerstiftung hat bereits zu diesem Zeitpunkt Unterstützung zugesichert und diese auch realisiert.

Herr Hohn schildert kurz die Situation. Er macht deutlich, dass es bei der Geschäftsführung der Diakonie zu keinem Zeitpunkt eine Bereicherung gab.

Es wurde ein neuer Vorstand berufen, dessen Vorsitzender er ist.

Ende 2013 wurde Insolvenz angemeldet.

Er informiert, dass das „Fanprojekt SV Babelsberg 03“, „Straßensozialarbeit in Potsdam“ und „Abenteuerspielplatz Blauer Daumen“ zum 01.06.2014 zum Träger Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI) gewechselt sind. Die pädagogisch begleitete Spielgruppe sowie das Familienzentrum Bürgerhaus Schlaatz sollen zum 01.07.2014 an den Träger Evangelisches Jugend- und Fürsorgewerk gAG (EJF) übergehen.

Die Kindertagesstätten und das Kinder- und Jugendnottelefon bleiben in Trägerschaft des Diakonischen Werkes. Die Arbeitsverträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten wurden angepasst. Hier ist man bei der Belegschaft auf eine hohe Bereitschaft gestoßen.

Des Weiteren wurde das Objekt Mauerstraße 2 veräußert.

Frau Müller-Preinesberger dankt Herrn Hohn und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das hohe Engagement.

## zu 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses** am 17.06.2014. Schwerpunktthemen waren der Jugendförderplan und das Selbstverständnis der Planungsgruppe. Der Unterausschuss hat sich verständigt, seine Geschäftsordnung zur neuen Wahlperiode anzupassen.

Des Weiteren informiert er, dass am 08.09.2014 ab 18:00 Uhr im freiLand die Vertreter\_innen der freien Träger für die Vorschlagsliste zur Wahl in den Jugendhilfeausschuss nominiert werden. Die Einladung dazu wird durch ihn Anfang August per E-Mail versandt.

Herr Schmolke informiert, dass die **AG Jugendförderung** am 25.06.2014 getagt und sich mit dem Jugendförderplan befasst hat. Die AG wird sich dann im Zusammenhang mit der Beratung im TOP 6.1 dazu äußern.

Herr von Essen ergänzt, dass sich die **AG Jugendförderung** mit den Schulsozialarbeitsprojekten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabeprogramms befasst hat. Dazu wurde folgender Antrag formuliert: *„Der Oberbürgermeister möge prüfen, ob die Schulsozialarbeitsprojekte im Rahmen des Bildungs- und Teilhabeprogramms ab 2015 fortgesetzt werden sollen.“*

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, in der Septembersitzung 2014 zu berichten. In der Haushaltplanung ist dies bereits berücksichtigt.

Frau Wiener informiert, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 1** am 24.06.2014 einen ersten Fachaustausch der Kitas der Region durchgeführt hat. Ein weiteres Treffen wird am 02.09.2014 stattfinden.

Herr Lehmann bittet im Namen der **Regionalen Jugendhilfe AG 2** um nähere Erläuterung zum Punkt 3 des Antrages des Unterausschusses zum Jugendförderplan.

Frau Hübner teilt mit, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** und die **AG Hilfen zur Erziehung** erst in der nächsten Woche tagen werden.

#### zu 4 **Evaluation Spielgruppe und Eltern-Kind-Gruppe**

Frau Umbreit (pme Familienservice GmbH) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Evaluationsergebnisse der pädagogisch begleiteten Spielgruppen und der Eltern-Kind-Gruppe in der Landeshauptstadt Potsdam vor.

Sie verweist dabei auf die Änderung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz sowie die Einführung des Betreuungsgeldes und macht dabei deutlich, dass beim Besuch einer Spielgruppe kein Anspruch auf Betreuungsgeld besteht.

Frau Umbreit weist darauf hin, dass ein Schwerpunkt aller Gruppen die Erhöhung der Elternkompetenz ist.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass sich die Konzeptidee durchgesetzt hat und nach wie vor gut angenommen wird. Die Kinder werden gut auf den Kita-Alltag vorbereitet und die Eltern haben eine gute Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen.

Herr Liebe nimmt Bezug auf die Aussage, dass die Erhöhung der Elternkompetenz ein Schwerpunkt der Arbeit ist und fragt, warum dann Eltern, die Betreuungsgeld erhalten, von dem Angebot ausgeschlossen sind.

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass dies bei Inanspruchnahme öffentlicher Gelder in der Rechtsprechung ausgeschlossen wird.

Herr Liebe fragt, ob es zielführend ist, diese Angebote genau so zu betrachten, wie die Kita-Betreuung

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass hier der Bundesgesetzgeber in der Pflicht ist.

Frau Dr. Müller fragt, wer beurteilt, welche Familie für die Spielgruppe geeignet ist.

Herr Tölke erklärt, dass an die Familien lediglich Angebote unterbreitet werden können. Die Entscheidung liegt bei den Eltern. Mitunter gibt es eine Empfehlung durch das Regionalteam.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) ergänzt, dass von Seiten der Regionalteams in den Gesprächen mit den Eltern auf die Spielgruppen hingewiesen wird.

Frau Elsaßer macht darauf aufmerksam, dass bei der Rechtsanspruchsprüfung immer eine Betrachtung des Einzelfalls und damit auch eine Anpassung der Angebote an die familiäre Situation erfolgt.

Abschließend regt Frau Umbreit an, nach ca. fünf Jahren eine erneute Evaluation durchzuführen und diese im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

## zu 5 Netzwerk "Ausbilden für die Praxis"

Regionale Jugendhilfe AG 2

Herr Lehmann (Regionale Jugendhilfe AG 2) stellt das Netzwerk „Ausbilden für die Praxis“ vor. Er geht dabei auf die Entstehung des Netzwerkes ein und gibt Erläuterungen dazu. Dabei verweist er auf den 1. Fachtag dazu im Oktober 2012 sowie den zweiten Fachtag im Oktober 2013. Im Mai 2014 erfolgte dann die Bildung einer Steuerungsgruppe, in der neben Vertretern der Regionalen Jugendhilfe AG 2 auch Vertreter der Potsdamer Ausbildungsstätten sowie eine Vertreterin des Jugendhilfeausschusses mitwirken. Des Weiteren erfolgt die Einrichtung eines Netzwerkes.

Es ist geplant, im Oktober 2014 einen weiteren Fachtag „Ausbilden für die Praxis“ durchzuführen.

Frau Dr. Müller fragt, welche Ergebnisse mit Hilfe der Steuerungsgruppe erzielt werden sollen.

Herr Dr. Henrich fragt nach den Ursachen dafür, dass die Praxisausbildung nicht ausreichend ist.

Herr Lehmann erklärt, dass der Austausch zwischen den Ausbildungsstätten und den Praxisstellen intensiviert und verbessert werden muss. Im gemeinsamen Austausch sollen Standards entwickelt werden, um die Praxisbezogenen Fähigkeiten zu fördern.

Frau Schulze ergänzt, dass gemeinsame Ziele formuliert werden müssen. Sie bittet darum, dass das Jugendamt so schnell wie möglich beteiligt wird.

Herr Liebe erinnert daran, dass die Verträge der Ausbildungsstätten nicht sehr aussagefähig waren. Die Steuerungsgruppe ist aus seiner Sicht ein guter Weg.

Herr Otto sieht hier vorrangig das Land in der Pflicht.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass hier aus eigenem Antrieb sehr viel getan wird, weil Defizite erkannt wurden. Das ist aus ihrer Sicht bemerkenswert.

Frau Hübner hält das hier Vorgestellte für einen guten Weg, macht aber deutlich, dass es auch andere Wege gibt.

Herr Otto schlägt vor, das Thema auch in der AG Kita zu besprechen.

## zu 6 Anträge

### zu 6.1 Vorschlag des Unterausschusses zum Jugendförderplan

Herr Liebe bringt folgenden **Beschlussvorschlag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung** ein und begründet diesen:

1. Für die Einrichtungen „Einsteinkids“ und „Junior“ ist zum 01.01.2015 jeweils eine zusätzliche Stelle (VBE) zur Sicherung der bestehenden Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Plan aufzunehmen.
2. Die bisher geförderten jeweils 3. Personalstellen (VBE) für sozialpädagogische Fachkräfte, die in den in den Einrichtungen „Club 91“, „Offline“, „j.w.d.“ und „Zimticken“ vorhanden sind, werden mit dem Ziel der vollin-



haltlichen Umsetzung der vorliegenden bestätigten Konzeptionen weiterhin in diesen Einrichtungen erhalten und gefördert.

3. Die REG AG II wird beauftragt, bis zum 30.09.2014 einen Vorschlag zur inhaltlichen und personellen Ausgestaltung der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Planungsräumen 402 und 403 auf der Grundlage der im Jugendförderplan 2008 bis 2013 für die genannten Planungsräume ausgewiesenen Personalstellen

Herr Dr. Henrich erklärt seine Befangenheit. Er nimmt nicht an der Diskussion und der Abstimmung teil.

Herr von Essen teilt mit, dass die AG Jugendförderung nur dem Punkt 1 des Beschlussvorschlages folgen kann mit der Bitte um Änderung des Begriffs „Plan“ in „Jugendförderplan“

Herr Otto macht deutlich, dass der Punkt 2 des Antrages entfallen kann, wenn mit Punkt 1 zwei neue Stellen geschaffen werden.

Er fragt, wie mit dem Antrag umgegangen wird, wenn dieser heute im Jugendhilfeausschuss beschlossen wird.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass die Verwaltung bei ihrem Vorschlag zum Jugendförderplan bleibt und eine entsprechende Beschlussvorlage eingereicht hat.

Beide Vorschläge werden dann der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt. Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird zur Stadtverordnetenversammlung am 17.09.2014 vorgelegt.

Wenn der Jugendhilfeausschuss den Vorschlag des Unterausschusses beschließt, sollte dieser Antrag auch zur StVV am 17.09.2014 vorgelegt werden.

Herr Harder bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, sich dafür einzusetzen, dass es einen Stellenzuwachs gibt. Hier sollte ein deutliches Zeichen gesetzt werden.

Herr Liebe wirbt dafür, mindestens die Punkte 1 und 2 des vorliegenden Antrages zu beschließen.

Herr Wollenberg schlägt vor, den Punkt 1 des Antrages wie folgt zu ergänzen: Die erforderlichen Personalmittel sind zusätzlich in die Haushalte ab 2015/2016 einzustellen.

Herr Lehmann fragt im Namen der Regionalen AG 2, ob der Punkt 3 so beschlossen werden soll. Er macht deutlich, dass der Termin 30.09.2014 nicht zu halten ist und bittet um Änderung des Termins in 30.11.2014.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass in den Planungsräumen eine Neuordnung der Planung erfolgen sollte.

Herr Otto beantragt, nur den Punkt 1 mit der von Herrn Wollenberg vorgeschlagenen Ergänzung zu beschließen. Die Punkt 2 und 3 sollten ersatzlos gestrichen werden.

Frau Dr. Müller bittet um **Abstimmung über die einzelnen Änderungsanträge**.

Punkt 1 wird wie folgt geändert:

Für die Einrichtungen „Einsteinkids“ und „Junior“ ist zum 01.01.2015 jeweils eine

zusätzliche Stelle (VBE) zur Sicherung der bestehenden Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den **Jugendförderplan** aufzunehmen. **Die erforderlichen Personalmittel sind zusätzlich in die Haushalte ab 2015/2016 einzustellen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Punkt 2 wird ersatzlos gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 6

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt. Der Punkt 2 bleibt unverändert bestehen.

Punkt 3 wird ersatzlos gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 11

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt. Der Punkt 3 bleibt bestehen.

Punkt 3 wird wie folgt geändert:

Die REG AG II wird beauftragt, bis zum **30.11.2014** einen Vorschlag zur inhaltlichen und personellen Ausgestaltung der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Planungsräumen 402 und 403 auf der Grundlage der im Jugendförderplan 2008 bis 2013 für die genannten Planungsräume ausgewiesenen Personalstellen zu erarbeiten und dem JHA zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

*Somit ist der Antrag mehrheitlich wie folgt beschlossen:*

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

1. Für die Einrichtungen „Einsteinkids“ und „Junior“ ist zum 01.01.2015 jeweils eine zusätzliche Stelle (VBE) zur Sicherung der bestehenden Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den **Jugendförderplan** aufzunehmen. **Die erforderlichen Personalmittel sind zusätzlich in die Haushalte ab 2015/2016 einzustellen.**
2. Die bisher geförderten jeweils 3. Personalstellen (VBE) für sozialpädagogische Fachkräfte, die in den in den Einrichtungen „Club 91“, „Offline“, „j.w.d.“ und „Zimticken“ vorhanden sind, werden mit dem Ziel der vollinhaltlichen Umsetzung der vorliegenden bestätigten Konzeptionen weiterhin in diesen Einrichtungen erhalten und gefördert.
3. Die REG AG II wird beauftragt, bis zum **30.11.2014** einen Vorschlag zur inhaltlichen und personellen Ausgestaltung der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Planungsräumen 402 und 403 auf der Grundlage der im Jugendförderplan 2008 bis 2013 für die genannten Planungsräume ausgewiesenen Personalstellen zu erarbeiten und dem JHA zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 6.2 Anerkennung des Trägers Cultus UG gemäß § 75 SGB VIII**

**Vorlage: 14/SVV/0617**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Harder erklärt seine Befangenheit und nimmt nicht an der Abstimmung zur Drucksache teil.

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung den Antrag des Trägers geprüft und befürwortet hat.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

Anerkennung des Trägers Cultus UG als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage seines Gesellschaftervertrages vom 18.08.2010.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

**zu 6.3 Konzeption des "Mädchentreffs Zimticken"**

**Vorlage: 14/SVV/0620**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Spatz und Frau Huyen (Mädchentreff Zimticken) stellen anhand einer Präsentation die Arbeit des Mädchentreffs vor.

Frau Schulze verweist auf die Aussagen auf Seite 22 des Konzeptes zur Inklusion und fragt, ob es diesbezüglich bereits konkrete Überlegungen gibt.

Dies wird von Frau Spatz bestätigt. Sie macht aber darauf aufmerksam, dass die räumlichen Gegebenheiten nicht geeignet sind und hier nach einer Lösung gesucht wird.

Frau Gerber erklärt ihre Befangenheit und nimmt nicht an der Abstimmung zur Drucksache teil.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

Die überarbeitete Konzeption des „Mädchentreffs Zimticken“ gemäß Anlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

**zu 6.4 Auswahlverfahren Hort neue Grundschule, Potsdamer Straße 90, 14469  
Potsdam**

**Vorlage: 14/SVV/0621**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Dr. Müller bittet Frau Wiener, die Entsendung eines Vertreters/einer Vertreterin der Regionalen Jugendhilfe AG 2 zu besprechen.  
Sie bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Interessenbekundungsverfahren zum Betreiben der Horteinrichtung der neuen Grundschule in Bornim, Potsdamer Straße 90 mit einer Kapazität von maximal 194 Plätzen durchzuführen.
2. Grundlage hierfür bildet der Beschluss der Landeshauptstadt Potsdam DS 13/SVV/0800 zur Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020. Dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe obliegt die Aufgabe der Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebotes mit Kindertagesbetreuungsplätzen nach § 12 KitaG.
3. Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Prüfkriterien (Anlage 1) zur Auswahl des Trägers.
4. Eine Auswahlkommission prüft und bewertet die Bewerbungsunterlagen auf der Grundlage der vorgenannten Prüfkriterien. Die Auswahlkommission ist zu bilden aus:
  - drei VertreterInnen des Jugendhilfeausschusses,
  - drei VertreterInnen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie
  - einem Vertreter/einer Vertreterin der AG nach § 78 SGB VIII (Regionale JH-AG1)
5. Das Votum der Auswahlkommission wird abschließend der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung über die Trägerschaft vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:               **12**  
Ablehnung:                   **0**

**zu 6.4.1 Wahl der VertreterInnen des Jugendhilfeausschusses in die Auswahlkommission zum Auswahlverfahren Hort neue Grundschule in Bornim**

Frau Dr. Müller bittet die Verwaltung, den Zeitplan für das Verfahren nachzureichen.

Dies wird durch Herrn Tölke zugesagt.

Frau Dr. Müller bittet um die entsprechenden Vorschläge und weist darauf hin, dass in der Jury keine JHA-Mitglieder mitarbeiten sollen, deren Träger sich für die Einrichtung bewerben wird.

Ziel ist es, den Vorschlag für den Träger der Einrichtung zur Stadtverordnetenversammlung im Januar 2015 vorzulegen.

Herr Otto, Herr Wollenberg und Frau Dr. Müller erklären ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der Auswahlkommission.

Frau Dr. Müller schlägt vor, **eine offene Abstimmung zu allen drei Kandidaten** durchzuführen und bittet um Abstimmung darüber.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Somit wird der offenen Gruppenabstimmung zugestimmt.

Anschließend bittet sie um Abstimmung darüber, dass Herr Otto, Herr Wollenberg und Frau Dr. Müller für den Jugendhilfeausschuss in der Auswahljury mitarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

**zu 7 Sonstiges**

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 25. September 2014; 16:30 Uhr**

**Dr. Sigrid Müller**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0357**

**Betreff:**

öffentlich

**Kinderschutzkonzept für die Landeshauptstadt Potsdam**

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Erstellungsdatum 17.04.2014

Eingang 922: 17.04.2014

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.05.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Kinderschutzkonzept für die Landeshauptstadt Potsdam

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information



**Berechnungstabelle Demografieprüfung:**

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	<b>Wirkungsindex Demografie</b>	<b>Bewertung Demografie-relevanz</b>
0		0		0	0	keine

**Begründung:**

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich als familienfreundlichste Stadt Deutschlands einen besonderen Schwerpunkt in der Entwicklung einer kommunalen Kinder- und Familienpolitik gegeben. Ziel der Landeshauptstadt ist es, alle Kinder von Beginn an entsprechend ihrer Fähigkeiten zu fördern und die Rechte der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien zu sichern und zu stärken.

Zu den Aufgaben der Landeshauptstadt Potsdam gehört es, darauf zu achten und Vorkehrungen zu treffen, dass diese Rechte nicht missachtet oder verletzt werden. Die Landeshauptstadt Potsdam begreift den Kinderschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Mit Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetz zum 01.01.2012 wird neben den verpflichtenden Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen für die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe besonders darauf hingewiesen, dass erst im Zusammenwirken mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeiten sich auf die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien auswirken, eine zielgerichtete Unterstützung für junge Menschen und ihre Familien entstehen kann.

Das vorliegende Rahmenkonzept beschreibt die jeweiligen Handlungsansätze der beteiligten Akteure und setzt wichtige Akzente mit der Zielsetzung, gemeinsame Verfahrensstandards miteinander abzustimmen und so das Wohl der Potsdamer Kinder und Jugendlichen präventiv und wirksam zu schützen.





Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0632**

öffentlich

**Betreff:**

Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 17.06.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
09.07.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das bisher umgesetzte Schul- und Kita-Sanierungsprogramm so weiterzuentwickeln, dass alle Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen und Sportstätten der Stadt Potsdam bis zum Ende der Wahlperiode 2019 saniert sind.

Grundlage des Sanierungsprogramms sind der Schulentwicklungsplan 2014-2020 (Beschluss der SVV vom 02.04.2014), der Jugendhilfeplan 2014-2018 (Beschluss der SVV vom 05.03.2014) sowie der von der Verwaltung vorgelegte aktuelle Sportentwicklungsplan.

Das fortgeschriebene Sanierungsprogramm ist im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf für 2015/16 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Oktober 2014 ein Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung zu geben.

gez.  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

**Begründung:**

Die Sanierung aller Schulen, einschließlich der Kitas/Horte sowie der Jugendeinrichtungen und Sportstätten muss mit Blick auf die immensen Kapazitätsengpässe weiterhin Priorität haben. Neben dem Schulneubauprogramm müssen die Erhaltung und die Sanierung des Gebäudebestands zwingend fortgeführt werden, um dem Bedarf gerecht zu werden.

Der Begleitbeschluss zum Landtagsneubau auf dem Alten Markt, der einen Abschluss dieses Sanierungsprogramms bis 2014 vorsah, ist nicht erfüllt. Angesichts der bisher erzielten Fortschritte soll der noch bestehende Sanierungsstau bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung 2019 verlässlich abgearbeitet sein.